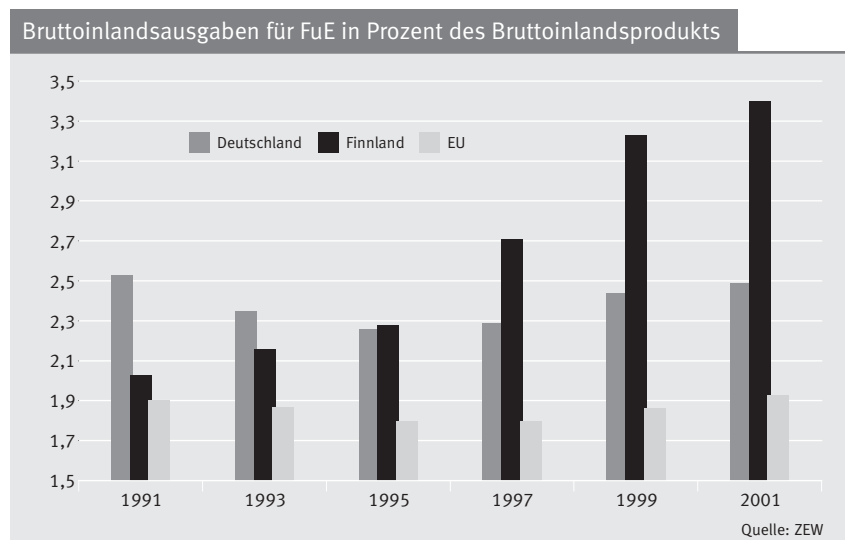


Forschungsförderung in Europa: Kooperationen viel versprechend

Ein hohes Wohlstandsniveau in Deutschland und der übrigen Europäischen Union setzt eine hohe technologische Leistungsfähigkeit voraus, die es erlaubt, im internationalen Wettbewerb, insbesondere mit Ländern wie den USA oder China, mitzuhalten. Ein Blick auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) ist jedoch alarmierend: Die USA investieren im Vergleich zu Europa jährlich über 120 Milliarden Euro mehr in FuE – und damit in neue, konkurrenzfähige Ideen und Produkte.



Um zu verhindern, dass die EU in ihrer technologischen Entwicklung weiter hinter die Vereinigten Staaten und asiatische Konkurrenten zurückfällt, hat sich die Politik bereits 2002 zu einem Kraftakt in Form des „Action Plan for Europe“ entschlossen. Dieser Aktionsplan verfolgt das Ziel, die Ausgaben für FuE, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von derzeit 2,0 auf 3,0 Prozent zu erhöhen. Davon sollen die Wirtschaft zwei Drittel und der Staat ein Drittel aufbringen.

Eine Studie des ZEW und des Technischen Forschungszentrums Finnland

(VTT) hat nun untersucht, ob durch eine intensivierte öffentliche FuE-Förderung die Innovationstätigkeit auf der Unternehmensebene tatsächlich stimuliert wird. Deutschland und Finnland bieten sich stellvertretend für Europa für diesen Vergleich besonders an, weil es sich um unterschiedlich große Volkswirtschaften mit vergleichbaren Innovationspolitiken, aber abweichenden Entwicklungen handelt. In der Studie wird der „Innovationserfolg“ der Wirtschaft anhand von Patentanmeldungen gemessen, die unter anderem durch staatliche Forschungsförde-

rung und durch Forschungsk Kooperationen angeregt werden. Patentanmeldungen sind ein guter Indikator, weil sie zuverlässig die zukünftige technologische Leistungsfähigkeit von Ländern abbilden.

Finanzielle staatliche Anreize erfolgreich

Die Analyse von knapp 3.000 Firmen zeigt, dass finanzielle Anreize durch den Staat erfolgreicher sind als häufig vermutet. Unternehmen, die für ihre FuE-Projekte staatliche Förderung erhalten, neigen eher dazu, Patente anzumelden, als Unternehmen, denen keine derartige Förderung zuteil wird. Mitnahmeeffekte sind zwar in Einzelfällen nicht auszuschließen, erweisen sich aber in der Gesamtbetrachtung als wenig relevant. Dieser positiven Beurteilung von Politikmaßnahmen gingen die Wissenschaftler weiter nach und identifizierten wichtige Wirkungsmechanismen.

IN DIESER AUSGABE

| | |
|---|---|
| Forschungsförderung in Europa: Kooperationen viel versprechend | 1 |
| ZEW Qualifizierungsprogramm Ökonometrie | 2 |
| Deutschland: Erbschaftsteuerbelastung nur bei geringen Vermögen niedrig | 3 |
| Dienstleister: Schnellere und günstigere Geschäftsprozesse durch E-Commerce | 4 |
| Reform der Frühverrentung älterer Arbeitnehmer: von Finnland lernen | 5 |
| Expertenseminare; Neuerscheinungen | 6 |
| Daten und Fakten; Stellenanzeige | 7 |
| Standpunkt | 8 |

FORSCHUNGSERGEBNISSE

So gehen in Deutschland die positiven Effekte der staatlichen Förderung auf die damit verknüpften Kooperationen zum Beispiel mit der Wissenschaft oder anderen Firmen zurück, die von den Unternehmen selbst gewählt werden.

Die Innovationsergebnisse der forschenden Unternehmen werden dabei durch die Zusammenarbeit positiv stimuliert. In Finnland gilt dieser Zusammenhang ebenfalls. Aufgrund der Tatsache, dass in Finnland FuE-Kooperationen bereits er-

heblich weiter verbreitet sind als in allen anderen Mitgliedsländern der EU, ergeben sich jedoch kaum noch Möglichkeiten zur Steigerung der Innovationstätigkeit durch eine intensivere Förderung von FuE-Zusammenarbeit. In Deutschland dagegen besteht – gerade im innovativen Mittelstand – noch viel Potenzial, das durch Forschungsk Kooperationen und -netzwerke stimuliert werden kann und so zur Verbesserung der technologischen Leistungsfähigkeit beitragen könnte.

EXPERTENSEMINARE

ZEW Qualifizierungsprogramm Ökonometrie

Nach dem erfolgreichen Start des „Qualifizierungsprogramms Ökonometrie“ im vergangenen Seminarjahr geht das Programm nun in die zweite Runde. Bei der Konzeption der aktuellen Seminare wurde besonderer Wert auf einen

hohen Praxisbezug gelegt. So werden theoretische Kenntnisse, die in den Seminaren vermittelt werden, anhand ausführlicher Fallbeispiele aus der Praxis direkt am Computer umgesetzt. Information: Catherina Frey, frey@zew.de

Großes Potenzial im Mittelstand

Die Studie kommt somit zu dem Ergebnis, dass nicht die staatliche Förderung allein den Ausschlag für gesteigerte FuE-Investitionen gibt, sondern vielmehr der arbeitsteilige Austausch von Wissen. Unternehmen können durch staatliche Förderung höhere Innovationserfolge realisieren, wenn die Unterstützung mit der Aufforderung zur Zusammenarbeit verbunden ist. Kleine Unternehmen können von der staatlichen Unterstützung ihrer FuE insbesondere dadurch profitieren, dass sie erst durch diese Gelder in die Lage versetzt werden, risikoreiche FuE-Projekte zu verwirklichen.

Entscheidend sind jedoch die mit der Forschungsförderung einhergehenden Kooperationen. Bei den derzeit existierenden, durchaus sinnvollen Förderansätzen stellt sich jedoch auch die Frage nach deren konkreter Ausgestaltung. So werden geförderte Kooperationsnetze von förderwürdigen Unternehmen vielfach als zu groß und zu unhandlich empfunden. Die europäische Forschungspolitik ist somit einerseits gefordert FuE-Kooperationen in der Privatwirtschaft anzuregen, sollte andererseits aber auch darauf achten, dass Kooperationen noch praktikabel bleiben. Gelänge es, den kollektiven Innovationsgeist amerikanischer Unternehmen auch im fragmentierten Europa zu aktivieren, dann könnte das ambitionierte 3-Prozent-Ziel erreicht werden.

Dr. Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de
Dr. Bernd Ebersberger, bernd.ebersberger@vtt.fi
Dr. Andreas Fier, fier@zew.de

Qualifizierungsprogramm Ökonometrie

| Computerkurs Stata* | | Computerkurs EViews* | |
|--|--|---|--|
| 15. November 2004 | | 18. Oktober 2004 | |
| Mikroökometrie | Makroökometrie | Finanzmarktökometrie | |
| Einführung Ökonometrie 2./3. November 2004 31. Jan./1. Feb. 2005 | Basistechniken I Regressionsanalyse 4. Oktober 2004 4. April 2005 | Basistechniken II Zeitreihenanalyse 5. Oktober 2004 5. April 2005 | |
| Evaluationsmethoden 1./2. März 2005 | Panelökometrie I Makroökonomische Panelanalyse 22. November 2004 25. April 2005 | Statistische Eigenschaften von Finanzmarktzeitreihen Überblick und Modellierung von Risiko 5. November 2004 10. Mai 2005 | |
| Discrete Choice-Analyse I Angewandte Multiattributive Discrete Choice-Analyse 9./10. März 2005 | Panelökometrie II Spezielle Themen 23. November 2004 26. April 2005 | Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I Vektor-Autoregressive Modelle 8. November 2004 30. Mai 2005 | |
| Discrete Choice-Analyse II Erweiterte Logit-Probitmodelle 11. März 2005 | Zeitvariierende Verfahren 21. Februar 2005 | Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration 9. November 2004 16. Juni 2005 | |
| * Der Lehrinhalt der jeweiligen Seminare wird mit EViews und Stata umgesetzt. Die Computerkurse sind keine Voraussetzung, sondern lediglich sinnvolle Ergänzung zur Teilnahme. | | | |
| Informationen zu den Expertenseminaren finden Sie auf der Homepage des ZEW www.zew.de unter der Rubrik „Expertenseminare“. | | | |
| | | Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III Erstellung von Prognosemodellen 10. November 2004 17. Juni 2005 | |

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutschland: Erbschaftsteuerbelastung nur bei geringen Vermögen niedrig

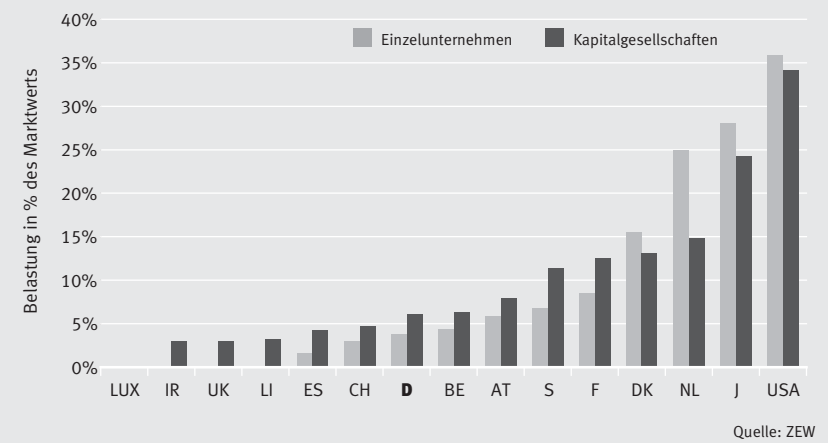
In Zeiten klammer öffentlicher Kassen spricht sich mancher Politiker für eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer aus. Gerechtfertigt wird dies mitunter mit dem Hinweis auf die vermeintlich niedrigere steuerliche Belastung bei Erbschaft oder Schenkung in Deutschland im internationalen Vergleich. Eine Untersuchung, die das ZEW in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universitäten Erlangen-Nürnberg und Gießen durchgeführt hat, bestätigt dieses Argument jedoch nur für die Vererbung geringer Vermögen. Bei großen Vermögen erweist sich die Erbschaftsteuerbelastung in Deutschland im internationalen Vergleich hingegen als hoch.

Grundlage der Untersuchung, die im Auftrag des Bundesfinanzministeriums durchgeführt wurde, bilden die erbschaftsteuerlichen Regelungen in fünfzehn Staaten, darunter Großbritannien, die USA, Frankreich und die Schweiz. Im Ländervergleich zeigt sich, dass die Situation in Deutschland durch günstige Bewertungsvorschriften, vorteilhafte sachliche Steuervergünstigungen bei der Übertragung von Unternehmensvermögen und hohe persönliche Freibeträge für Ehegatten und Kinder gekennzeichnet ist. Diesen Vorteilen steht als Nachteil allerdings ein vergleichsweise hoher tariflicher Steuersatz gegenüber. Um diese deutschen Gegebenheiten mit der Situation in anderen Ländern vergleichen zu können, wurde mit Hilfe eines speziell für den internationalen Erbschaftsteuervergleich entwickelten EDV-Programms für die Übertragung von Einzelunternehmen, Anteilen an Kapitalgesellschaften sowie von privaten Vermögensportfolios die bei einer Vererbung an den Ehegatten oder an ein Kind anfallende Steuerbelastung ermittelt und vergleichend analysiert.

Es zeigt sich, dass Deutschland im internationalen Vergleich im Hinblick auf

Effektive Erbschaftsteuerbelastung

bei Übertragung von Unternehmensvermögen an ein Kind in Abhängigkeit von der Rechtsform



geringe Privatvermögen, also etwa ein Einfamilienhaus oder dessen Gegenwert an Ersparnissen, bei der Übertragung sowohl an den Ehegatten als auch an ein Kind eine geringe Steuerbelastung aufweist. Bei der Übertragung großer Vermögen, also Erbschaften oder Schenkungen, die in den zweistelligen Millionenbereich vordringen, verschlechtert sich dagegen die Position Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich. Hier rangiert Deutschland bei der Übertragung eines privaten Vermögensportfolios an den Ehegatten im unteren Drittel der Vergleichsländer, während es bei der Übertragung an ein Kind eine Position im oberen Mittelfeld einnimmt.

Übertragung von Unternehmensvermögen

Bei der Übertragung von Unternehmensvermögen rangiert Deutschland unabhängig von der Rechtsform des übertragenen Unternehmensvermögens, das entweder als Einzelunternehmen oder in Form von Anteilen an Kapitalgesellschaften übergehen kann, im Vergleich der fünfzehn Länder auf dem siebten Platz,

wenn es sich um ein repräsentatives mittelständisches Unternehmen handelt und der Begünstigte ein Kind des Erblassers oder Schenkers ist (siehe Grafik). Die Übertragung von Einzelunternehmen löst dabei mit 3,77 Prozent des Werts des Unternehmensvermögens eine deutlich geringere effektive Steuerbelastung aus als die Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (6,08 Prozent). Solche rechtsformabhängigen Erbschaftsteuerbelastungen sind allerdings auch in den anderen Ländern auszumachen. Insgesamt unterliegt die Übertragung von Unternehmensvermögen in Deutschland einer im internationalen Vergleich hohen Erbschaftsteuerbelastung.

Das Gutachten ist unter dem Titel „Erbschaftsteuerbelastung im internationalen Vergleich“ in den ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 75, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden erschienen (siehe Seite 6).

Claudiu Ghimbos, ghimbos@zew.de

Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@zew.de

Carsten Wendt, wendt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Dienstleister: Schnellere und günstigere Geschäftsprozesse durch E-Commerce

Die wirtschaftliche Bedeutung des E-Commerce ist für die Dienstleister der Informationsgesellschaft noch gering. So werden nur etwa 40 Prozent des Umsatzes des Wirtschaftszweigs von Unternehmen erzielt, die das Internet als Vertriebskanal für Geschäfte mit Endkunden nutzen. Mit diesem so genannten B2C E-Commerce wollen die Unternehmen hauptsächlich ihre Geschäftsprozesse optimieren. Etwas weiter verbreitet ist die eigene Bestellung von Waren und Leistungen über das Internet (B2B E-Commerce).

Im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft entfällt auf die Unternehmen, die das Internet als Vertriebskanal für Geschäfte mit Endkunden nutzen (Business-to-Consumer E-Commerce, B2C), im zweiten Quartal 2004 ein Umsatzanteil von knapp 40 Prozent. Der Anteil am Unternehmensumsatz, den die Unternehmen mit E-Commerce erzielen, liegt im Branchendurchschnitt bei etwa fünf Prozent. Damit ist die wirtschaftliche Bedeutung des E-Commerce für die Dienstleister der Informationsgesellschaft noch gering. Als die wichtigsten Motive für den Einsatz von B2C E-Commerce nennen die Unternehmen, die hiermit Erfahrung gesammelt haben,

„Geografische Ausweitung des Absatzmarktes“ vergleichsweise weniger Bedeutung beimessen, obgleich diese Motive in der theoretischen Diskussion zu E-Commerce eine wichtige Rolle spielen.

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft nutzen das Internet jedoch nicht nur als Absatz- oder Beschaffungskanal, sondern auch als Werbefläche. Im Branchendurchschnitt geben die Unternehmen etwa acht Prozent ihres Werbebudgets für Werbung im Internet aus.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni und

zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-)Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

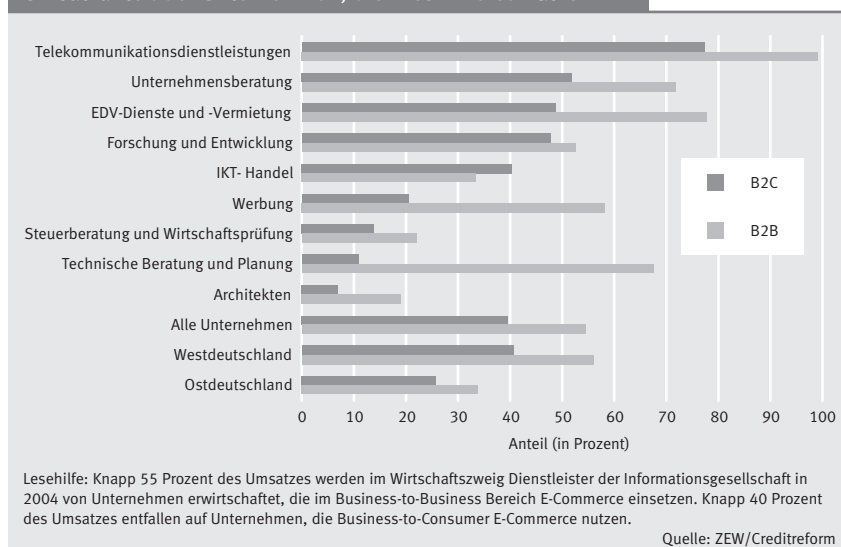
Telekommunikationsdienstleister nutzen B2C am häufigsten

Die Nutzung von B2C variiert stark zwischen den einzelnen Branchen des Wirtschaftszweigs. Die Telekommunikationsbranche nimmt eine Vorreiterrolle ein. Hier erwirtschaften die Unternehmen, die einen Teil ihrer Leistungen auch im Internet anbieten, im zweiten Quartal 2004 mehr als 77 Prozent des Branchenumsatzes. Danach folgen die Unternehmensberater, EDV-Dienstleister und -Vermieter sowie die Unternehmen in der Forschung und Entwicklung. In diesen Branchen erwirtschaften die Unternehmen, die das Internet als Vertriebskanal einsetzen, etwa 50 Prozent des jeweiligen Branchenumsatzes.

Weiter verbreitet als B2C ist bei den Unternehmen die eigene Bestellung von Waren und Leistungen bei Geschäftspartnern über das Internet. Dieses Business-to-Business E-Commerce (B2B) nutzen im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft Unternehmen mit einem Umsatzanteil von knapp 55 Prozent. Auch hier sind die Telekommunikationsdienstleister im Branchenvergleich an der Spitze. Neben den EDV-Dienstleistern und -Vermietern sowie den Unternehmensberatern ist die Nutzung von B2B auch bei den technischen Beratern und Planern weit überdurchschnittlich verbreitet.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Umsatzanteil der Unternehmen, die E-Commerce nutzen



die Beschleunigung und die Kostensenkung von Geschäftsprozessen. Überraschend ist, dass sie den Motiven „Ausdehnung der Geschäftszeiten“ und

Juli 2004 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich

FORSCHUNGSERGEBNISSE

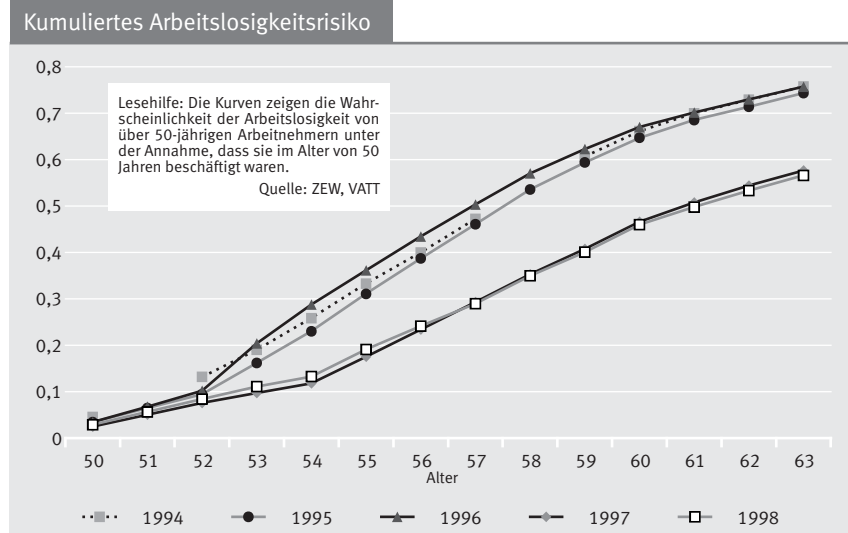
Reform der Frühverrentung älterer Arbeitnehmer: von Finnland lernen

In den 1990er Jahren hat in Finnland die Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer deutlich zugenommen. Schließlich wurde 1997 das Mindestalter, ab dem Frühverrentung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung möglich ist, von 53 auf 55 Jahre angehoben. Das ZEW hat diese Reform gemeinsam mit dem finnischen Regierungsinstitut für Wirtschaftsforschung evaluiert. Die Ergebnisse zeigen, dass für die 53- bis 54-Jährigen nach der Reform das Risiko, arbeitslos zu werden, und die Arbeitslosigkeitsdauer erheblich sanken. Es ist zu erwarten, dass die Verkürzung der maximalen Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer im Rahmen der Hartz-Gesetze in Deutschland ähnliche Effekte hervorrufen wird.

Sowohl in Deutschland als auch in Finnland besteht der Anreiz, ältere Arbeitnehmer in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken, in dem sie zunächst über einen verlängerten Zeitraum Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen. Dies belastet die Sozialkassen stark.

In Finnland gibt es, ebenso wie in Deutschland, einen umfassenden Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, sodass diese in der Regel nicht ohne ihr Einverständnis ein Unternehmen verlassen müssen. Daher profitieren Arbeitgeber wie Arbeitnehmer von den gesetzlichen Regelungen zur Frühverrentung: Arbeitgeber, weil sie mit geringer Gegenwehr Leute entlassen können, und Arbeitnehmer, weil sie frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden können und teilweise zusätzlich zu den gesetzlichen Sozialleistungen hohe Abfindungen von Seiten ihres Arbeitgebers erhalten. Die Sozialversicherung wird dadurch jedoch zugunsten einiger weniger erheblich belastet.

Um dem entgegenzuwirken, trat in Finnland 1997 eine Reform in Kraft, durch die das Mindestalter, ab dem Frühverrentung möglich ist, von 53 auf 55 Jahre an-



gehoben wurde. Eine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte ZEW-Studie evaluiert gemeinsam mit dem finnischen Regierungsinstitut für Wirtschaftsforschung, VATT Helsinki, diese Reform (ZEW Discussion Paper No. 04-63).

Reform in Finnland mit positiven Auswirkungen

Durch die Reform sank in Finnland der Anteil der 53- bis 54-Jährigen, die arbeitslos wurden, an allen Beschäftigten dieser Altersgruppe von mehr als acht auf etwa drei Prozent. Interessanterweise nahm dieser Anteil auch bei den über 54-Jährigen deutlich ab. Das Ausmaß der Frühverrentung hat sich also insgesamt verringert. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit sank stark. Vor 1997 hatten die 53- bis 54-Jährigen noch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, langfristig arbeitslos zu bleiben, als etwas jüngere Altersgruppen. Nach der Reform jedoch sank diese Wahrscheinlichkeit auf das Niveau der jüngeren. Die Reform in Finnland hatte also durchweg positive Auswirkungen auf die betroffene Personengruppe.

Was kann nun die deutsche Politik daraus lernen? In Deutschland gibt es

derzeit neben der langen maximalen Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld auch die Möglichkeit, nach § 428 Sozialgesetzbuch III ab dem Alter von 59 Jahren erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld bis zum Renteneintritt zu erhalten. Ab Anfang 2006 wird § 428 SGB III weitgehend außer Kraft gesetzt. Ebenso wird die Länge der Anspruchsdauer durch die Hartz-Gesetze stark eingeschränkt: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld der über 55-Jährigen wird auf maximal 18 Monate gekürzt; demzufolge ist auch der Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand erst später möglich.

Die Ergebnisse aus Finnland zeigen, dass eine spürbare Entlastung der Arbeitslosenversicherung zu erwarten ist. Aufgrund der langen Übergangsfristen in Deutschland ist jedoch zu befürchten, dass es bis zum 1. Februar 2006 zu verstärkten Mitnahmeeffekten kommt, weil Arbeitgeber und ältere Arbeitnehmer die letzte Möglichkeit zur Frühverrentung noch nutzen wollen, bis die neuen gesetzlichen Regelungen vollständig wirksam werden.

Elke Lüdemann, ZEW, Universität Mannheim und Toronto University

Dr. Ralf Wilke, wilke@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-48, Christoph Böhringer, Andreas Löschel, Thomas F. Rutherford: Efficiency Gains from "What"-Flexibility in Climate Policy. An Integrated CGE Assessment.

No. 04-56, Dirk Czarnitzki, Katrin Hussinger: The Link Between R&D Subsidies, R&D Spending and Technological Performance.

No. 04-57, Elke Lüdemann, Ralf Wilke, Xuan Zhang: Censored Quantile Regressions and the Length of Unemployment Periods in West Germany.

No. 04-59, Christina Elschner: A Simulation Method to Measure the Tax Burden

on Highly Skilled Manpower.

No. 04-61, Bernd Fitzenberger, Ralf Wilke, Xuan Zhang: A Note on Implementing Box-Cox Quantile Regression.

No. 04-62, Katrin Schleife: Computer Use and the Employment Status of Older Workers – An Analysis Based on Individual Data.

No. 04-63, Tomi Kyrrä, Ralf Wilke: Reduction in the Long-Term Unemployment of the Elderly: Success Story from Finland.

No. 04-65, Helmut Fryges: Stepping In and Out of the International Market: Internationalisation of Technology-Oriented Firms in Germany and the UK.

EXPERTENSEMINARE

- 18.10.2004 Einführung in Eviews
- 26./27.10.2004 Der sichere Auftritt – Präsentationen professionell gestalten
- 2.11.2004 Umsatzsteuer: Aktuelle Entwicklungen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Jahr 2004
- 2./3.11.2004 Grundlagen Mikroökonomie: Einführung Ökonometrie
- 4.11.2004 Teilzeit und Befristung
- 5.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Statistische Eigenschaften von Finanzmarkt-Zeitreihen
- 8.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I
- 9.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II
- 9.11.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe für den Mittelstand
Workshop: Business Combinations und Impairment-Tests (in Kooperation mit der Ernst & Young AG)
- 10.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III
- 12.11.2004 Arbeiten mit SPSS
- 15.11.2004 Computerkurs STATA
- 19.11.2004 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 22.11.2004 Makroökonomie: Panelökonomie I
- 23.11.2004 Makroökonomie: Panelökonomie II
- 29.11.2004 Der richtige Umgang mit Marktdaten
- 30.11.2004 Multivariate Analysemethoden
- 2./3.12.2004 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 7.12.2004 Arbeitsrecht: Aktuelle Entwicklungen
- 8./9.12.2004 Präsentationen professionell gestalten – AufbauSeminar

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Wolfram Scheffler und Christoph Spengel

Erbschaftsteuerbelastung im internationalen Vergleich

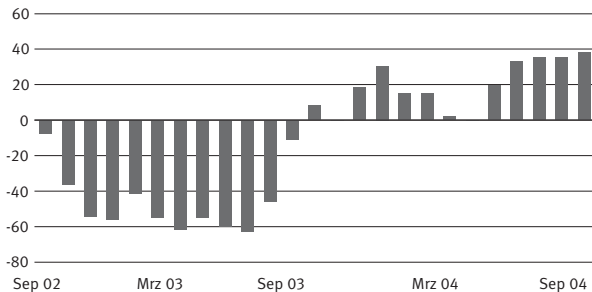
Im Zusammenhang mit der Suche nach Mehreinnahmen für die Staatskassen wurde in jüngster Zeit öfter eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer in die Diskussion gebracht. Als Argument wurde dabei angeführt, die steuerliche Belastung bei Erbschaft oder Schenkung sei in Deutschland im internationalen Vergleich niedriger als in vielen anderen Ländern. Im vorliegenden Band wird ein internationaler Erbschaftsteuervergleich durchgeführt. Zu diesem Zweck wird die Bestandsaufnahme der steuerrechtlichen Regelungen in 15 Ländern zu einer vergleichenden Gegenüberstellung der wichtigsten Einflussfaktoren verdichtet. Darauf aufbauend wird analysiert, wie sich die Haupteinflussfaktoren in den einzelnen Ländern auf die Höhe der bei einer unentgeltlichen Übertragung von Vermögen anfallenden Erbschaft- und Schenkungsteuer auswirken. Für den quantitativen Steuerbelastungsvergleich wird ein speziell für den internationalen Erbschaftsteuervergleich entwickeltes EDV-Programm verwendet. Mit seiner Hilfe wird für die Übertragung von Einzelunternehmen, Anteilen an Kapitalgesellschaften sowie von privaten Vermögensportfolios die bei einer Vererbung an den Ehegatten oder an ein Kind anfallende Steuerbelastung ermittelt und vergleichend analysiert. Siehe auch den Beitrag auf Seite 3 dieser Ausgabe.



ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 75, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2004, ISBN 3-8329-0756-4

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im September

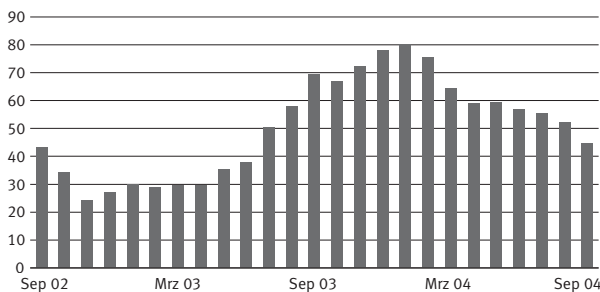


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarkt-zinsen im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

Euroraum: Zinserwartungen steigen nur leicht

Die Erwartungen zur Zinspolitik der EZB haben sich im September im Vergleich zu den Vormonaten nur wenig geändert. 60,7 Prozent der Experten gehen für das nächste halbe Jahr von unveränderten kurzfristigen Zinsen aus. 38,6 Prozent der Befragten – nur 2,7 Prozent mehr als im Vormonat – rechnen dagegen mit einer Zinserhöhung. Die Äußerungen von Notenbankpräsident Trichet im Anschluss an die letzte Sitzung des EZB-Rats, vielfach als Vorbereitung baldiger Zinserhöhungen interpretiert, fanden damit wenig Widerhall bei den befragten Finanzexperten.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

Konjunkturerwartungen im Euroraum schlechter

Die ZEW Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben im September ihren Abwärtstrend fortgesetzt. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten fällt von 52,0 auf 44,7 Punkte. Hintergrund des deutlichen Rückgangs ist die Sorge, dass die USA nicht wieder zu der Wachstumsstärke des ersten Quartals zurückfinden werden und dies die Außennachfrage im Euroraum dämpfen könnte. Die weiter uneinheitlichen Zahlen des US-Einzelhandels scheinen diese Entwicklung zu bestätigen.

Volker Kleff, kleff@zew.de

STELLENANZEIGE

Competence
in Economics

ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

für den Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“

Ihr Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Arbeitsmärkte. Ihre Aufgabe besteht unter anderem in der Bearbeitung eines Projekts zu individuellen Beschäftigungsverläufen.

Sie haben einen sehr guten wirtschaftswissenschaftlichen Studienabschluss und Interesse an ökonomischen Fragestellungen sowie deren theoretischer und empirischer Bearbeitung. Von Vorteil sind gute mikroökonomische und ökonometrische Kenntnisse. Die Einarbeitung wird durch eine intensive Betreuung, ausgeprägte Teamarbeit und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm erleichtert. Wir erwarten von Ihnen die Fähigkeit, die Ergebnisse Ihrer Arbeit sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftspolitischen Bereich auch in englischer Sprache überzeugend vermitteln zu können.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem jungen Forschungsteam. Zahlreiche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion/Habilitation wird ausdrücklich unterstützt. Die Vergütung erfolgt nach BAT mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Angabe Ihres Interessengebietes an:
Frau Doris Brettar · Postfach 10 34 43 · D-68034 Mannheim

für den Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“

Ihr Arbeitsgebiet ist die angewandte quantitative Analyse nationaler und internationaler umweltpolitischer Fragestellungen.

ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

STANDPUNKT



Evaluationsmanie

Wir evaluieren uns noch kaputt. Nein, diesmal steht ausnahmsweise nicht die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Diskussion, sondern die Wissenschaft im weiteren Sinn. Hier entwickelt

sich ein durchaus berechtigtes Anliegen allmählich zur Plage, wenn nicht gar zur Besessenheit.

Wenn ich den Posteingang eines Monats Revue passieren lasse, so finden sich darin unter anderem Projektanträge renommierter Stiftungen, die ihrer Begutachtung harren, wissenschaftliche Beiträge, um deren Prüfung der Herausgeber einer renommierten Zeitschrift ersucht, Bitten um Mitwirkung in auswärtigen Berufungs- oder Strukturkommissionen, regelmäßige Anfragen, ob ich mich doch bitte an der ein oder anderen Evaluierungskommission aktiv beteiligen möchte, freudige Briefe von (unternehmerischen) Stiftungen, die mir die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats kundtun, verbunden mit dem ehrenvollen Angebot, eben diesem beizutreten, diverse Anliegen von Studierenden um ein Gutachten für potenzielle Studienplätze, Praktikantenstellen oder Jobs im In- und Ausland. Die Aufzählung ließe sich fortführen.

Die Liste auf Seiten der Evaluierten kommt ebenso arbeitsintensiv daher. Um bei der eigenen Erfahrung zu bleiben, so werden die Projekte eines Wirtschaftsforschungsinstituts zunächst und vor allem von den Auftrag- oder Drittmittelgebern sorgfältig überprüft, also von den zuständigen Instanzen bei der Europäischen Union, den Bundesministerien oder privaten Institutionen und Unternehmen sowie den Forschungsförderinstitutionen wie etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Des Weiteren nimmt der wissenschaftliche Beirat des ZEW seit Jahren dankenswerterweise eine intensive Überprüfung der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit vor. Darüber hinaus soll er künftig alle zwei Jahre eine umfassende Bewertung an die Leibniz-Gesellschaft erstellen, die ihrerseits etwa alle sieben Jahre eine Hauptevaluation des Instituts vornimmt. Des Weiteren

berichtet der wissenschaftliche Beirat regelmäßig dem Aufsichtsrat, der einerseits per Gesetz verpflichtet, andererseits erfreulicherweise aber auch aus eigenem Antrieb und Neugier an der wissenschaftlichen Arbeit diese begutachtet und uns mit konstruktiven Vorschlägen und viel Ermunterung begleitet. Die insgesamt betrachtet nahezu permanenten Überprüfungen seitens der Wirtschaftsprüfer, der Preisprüfungsstelle, der Berufsgenossenschaften, der Krankenkassen, des Finanzamts und schließlich des Rechnungshofs seien lediglich am Rande erwähnt. Kurzum, wir haben keinen Grund, uns über mangelnde Aufmerksamkeit diverser Evaluatoren zu beklagen.

Wird des Guten nicht zu viel getan? Rechtfertigen bisherige gute Leistungen – so vorhanden – nicht einen größeren Vertrauensvorschuss anstelle einer nahezu permanenten Überwachung? Opfern wir bei den Wissenschaftlern nicht zu viel Zeit für Evaluationen zu Lasten ihrer eigenen Forschungsaktivitäten? Denn verständlicherweise möchte man die Evaluation nur ausgewiesenen Wissenschaftlern anvertrauen, sodass praktisch je nach Fachrichtung meistens die „üblichen Verdächtigen“ zu Rate gezogen werden. Besteht nicht die Gefahr, dass diese der Evaluationsaktivitäten allmählich überdrüssig werden, zumal ihre Karriere nur von der Anzahl ihrer Publikationen in hochrangigen Zeitschriften abhängen soll? Wird nicht ein wenig zu viel Zeit bei den wissenschaftlichen Einrichtungen zwecks Vorbereitung auf die jeweilige Evaluation verwendet? Denn naheliegenderweise muss jede Evaluation sehr ernst genommen und aufwändig angegangen werden.

Noch einmal und unmissverständlich: Kritische Evaluationen sind ohne Zweifel eine absolute Notwendigkeit. Sie sind in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden. Nur sollte man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004